

FREIBERUFLER-TICKER vom 23. Januar 2026

1. Vertrauensvorschuss der Freien Berufe aufgebraucht

Die [jüngste](#) BFB-Konjunkturumfrage zeigt: Die Stimmung kippt und die Ernüchterung wächst. Zwar bewertet knapp die Hälfte der befragten Freiberuflerinnen und Freiberufler ihre Geschäftslage als gut, doch rund ein Viertel rechnet in den kommenden sechs Monaten mit einer Verschlechterung der Geschäftsentwicklung. Die gesamtwirtschaftliche Lage wirkt sich damit zunehmend spürbar auf die Freien Berufe aus. BFB-Präsident Dr. Stephan Hofmeister fordert eine konsequent mittelstandsgerechte Politik. Freie Berufe und Mittelstand seien tragende, standorttreue Strukturen und müssten stärker in den Mittelpunkt der politischen Praxis rücken. Trotz der angespannten Lage zeichnet sich weiterer Beschäftigungszuwachs ab. Jede beziehungsweise jeder Achte plant in den kommenden zwei Jahren Neueinstellungen, rund sieben von zehn Befragten wollen ihren Mitarbeiterstamm stabil halten. Die Rheinische Post berichtete vorab am 19. Januar 2026 exklusiv über die Ergebnisse.

2. Mindestloohnerhöhung betrifft bis zu 4,8 Millionen Jobs

Laut einer am 22. Januar 2026 [veröffentlichten](#) Schätzung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) waren von der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2026 deutschlandweit bis zu 4,8 Millionen Jobs betroffen. Demnach lag knapp jedes achte Beschäftigungsverhältnis im April 2025 rechnerisch unterhalb des Mindestlohns von 13,90 Euro. Für die betroffenen Beschäftigten ergibt sich eine geschätzte Steigerung der Verdienstsomme um bis zu sechs Prozent beziehungsweise 275 Millionen Euro. Bei der Schätzung wurde angenommen, dass alle betroffenen Beschäftigten mindestens den zuletzt gültigen Mindestlohn von 12,82 Euro erhalten hatten. Lohnsteigerungen nach April 2025 wurden nicht berücksichtigt. Bei gleichbleibender Beschäftigtenzahl und Struktur sind die Ergebnisse daher laut Destatis überschätzt und somit als Obergrenzen zu verstehen.

3. Zahl der Erwerbstätigen in Kulturberufen steigt

In der Coronapandemie waren Kulturschaffende mit großen Herausforderungen konfrontiert. Nun meldete jedoch am 21. Januar 2026 das Statistische Bundesamt einen Anstieg der Erwerbstätigen um sechs Prozent im Vergleich zu 2021 und somit auf 1,3 Millionen. Besonders auffällig ist die weiterhin hohe Selbstständigenquote: Rund 33 Prozent der Erwerbstätigen in Kulturberufen arbeiten selbstständig – fast viermal so viele wie im Durchschnitt aller Erwerbstätigen. Zugleich bleibt die wirtschaftliche Situation für viele herausfordernd: Rund ein Drittel der Kulturschaffenden verfügt über ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1.500 Euro. Ein großer Teil ihrer Tätigkeiten ist den Freien Berufen zuzuordnen. Gerade vor diesem Hintergrund sind stabile und verlässliche Rahmenbedingungen zentral für die Zukunftsfähigkeit der Kulturberufe. Zur Pressemitteilung geht es [hier](#).

4. Soft Skills wichtiger als Fachwissen

Knapp zwei Drittel der Unternehmen halten Kommunikations- und Teamfähigkeit, Selbstorganisation sowie Verantwortungsbewusstsein für entscheidend bei Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern. Fachkenntnisse erwartet nur etwa jedes zweite Unternehmen. 58 Prozent nennen zudem Lern- und Anpassungsfähigkeit als wichtige Kompetenz. Dies geht aus der aktuellen Personalleiterbefragung von Randstad und dem ifo Institut hervor, die am 19. Januar 2026 [veröffentlicht](#) wurde. Fachlich stehen Grundlagenwissen und digitale Kompetenzen im Fokus, während Kreativität nur eine geringe Rolle spielt. Gleichzeitig wächst der

Einsatz von Künstlicher Intelligenz: Bereits 14 Prozent der Unternehmen setzen sie für Aufgaben von Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern ein, in drei Jahren rechnen 40 Prozent damit. Die Zahl der Einstiegsstellen bleibt jedoch überwiegend stabil – auch für die kommenden drei Jahre erwarten die meisten Unternehmen eine gleichbleibende Stellenanzahl. Auch für die Freien Berufe und ihre Teams sind Soft Skills zentral, da Vertrauen, Kommunikation, Selbstorganisation und Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden unverzichtbar sind. Sie entscheiden maßgeblich darüber, ob fachliche Kompetenz wirksam wird.

5. INQA geht in die nächste Runde

Wie das Bundesministerium für Arbeit und Soziales Ende vergangener Woche [mitteilte](#), startet die Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) mit INQA-Experimentierräumen in die nächste Runde. Dabei werden fünf Projekte über zwei Jahre innovative Ansätze zur Förderung von Vielfalt in Betrieben erproben können. Vielfalt in Unternehmen gilt als zentraler Erfolgsfaktor, vor allem angesichts von Fachkräftemangel, alternden Belegschaften und veränderten Erwartungen von Mitarbeitern und Kundinnen. Die Experimentierräume bringen Beschäftigte, Betriebe und Sozialpartner zusammen, um praxisnahe Lösungen zu entwickeln, wissenschaftlich zu begleiten und übertragbare Ergebnisse zu generieren. Die Projekte decken verschiedene Branchen ab – etwa Pflege, Handwerk, Bau und IT – und befassen sich unter anderem mit Integration von Mitarbeitenden mit Migrationsgeschichte, psychologischer Sicherheit und Altersdiversität.

6. Junge Menschen fordern mehr Wirtschaftsbildung an Schulen

90 Prozent der 16- bis 25-Jährigen sind der Ansicht, dass wirtschaftliche Themen in der Schule eine größere Rolle spielen sollten. Auch am Arbeitsplatz, etwa in der betrieblichen Weiterbildung, wünschen sich 73 Prozent mehr Angebote, im öffentlichen Bereich wie Vortragsreihen zu Wirtschaftsthemen sind es 71 Prozent. Das geht aus einer forsa-Befragung für den erstmals Ende vergangener Woche [veröffentlichten](#) „Young Economy Tracker“ der Bertelsmann Stiftung hervor. Dies fügt sich in die Forderungen des BFB ein, die gesellschaftliche Wertschätzung von Unternehmertum zu fördern, Selbstständigkeit bereits im Schulunterricht und in der Berufsorientierung vorurteilsfrei darzustellen, Examssemester gezielt über die Option der Selbstständigkeit zu informieren und die Grundzüge der Freiberuflichkeit zu vermitteln. Laut „Young Economy Tracker“ befürworten junge Menschen in Deutschland grundsätzlich eine Wirtschaft, in der Leistung anerkannt wird und Bedürftige Unterstützung erhalten. So sagen 95 Prozent, dass sich Arbeit auszahlen soll, und 89 Prozent stimmen zu, dass Menschen mit hoher beruflicher Leistung auch mehr verdienen sollten. Gleichzeitig halten es 97 Prozent für wichtig, diejenigen zu unterstützen, die sich um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige kümmern. 92 Prozent finden, dass alle die gleichen Startchancen haben sollten, und 90 Prozent sprechen sich für eine angemessene Grundversorgung auch für arme Menschen aus.

7. Fast jedes dritte Schulkind hat eine Einwanderungsgeschichte

Gut ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland hat eine Einwanderungsgeschichte. Das spiegelt sich auch an den Schulen wider: Wie das Statistische Bundesamt zum Internationalen Tag der Bildung am 24. Januar [mitteilte](#), hatten 2024 rund 29 Prozent der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen eine Einwanderungsgeschichte. Unter den Lehrkräften traf dies auf elf Prozent zu. Während es bei den Schülerinnen und Schülern keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern gab, hatte knapp jede achte Lehrerin, aber nur jeder zehnte Lehrer eine Einwanderungsgeschichte. Der Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte an Schulen ist in den vergangenen fünf Jahren gestiegen. 2019 lag er bei den Schülerinnen und Schülern noch bei 26 Prozent, bei den Lehrkräften bei neun Prozent.

8. Zahl der Privatschulen binnen zehn Jahren um sieben Prozent gestiegen

Im Schuljahr 2024/25 wurden rund 3.800 allgemeinbildende Schulen in privater Trägerschaft gezählt, knapp jede achte Schule. Das [teilte](#) das Statistische Bundesamt am 19. Januar 2026 mit. Im selben Zeitraum ging die Zahl der öffentlichen Schulen um knapp vier Prozent zurück. Insgesamt besuchten 807.900 Schülerinnen und Schüler eine Privatschule, das entspricht wie in den Vorjahren rund neun Prozent aller Kinder und Jugendlichen an allgemeinbildenden Schulen. Für einen Privatschulplatz zahlten Eltern im Schnitt 2.042 Euro Schulgeld pro Jahr. Gut ein Drittel der Privatschülerinnen und Privatschüler (34 Prozent) wurde an Gymnasien unterrichtet. Weitere 14 Prozent besuchten Grundschulen, zwölf Prozent Realschulen, elf Prozent Freie Waldorfschulen, jeweils zehn Prozent Schulen mit drei Bildungsgängen oder Förderschulen. Die übrigen neun Prozent entfielen auf andere Schularten. Ausländische Schülerinnen und Schüler besuchen deutlich seltener eine Privatschule als deutsche: Ihr Anteil lag bei vier Prozent, bei deutschen Schülerinnen und Schülern bei zehn Prozent.

9. Jeder vierte junge Mensch in der EU arbeitet während der Ausbildung

2024 waren 25,4 Prozent der jungen Europäerinnen und Europäer im Alter von 15 bis 29 Jahren während einer formalen Ausbildung erwerbstätig. 71,4 Prozent der jungen Menschen blieben während ihrer Ausbildung außerhalb des Arbeitsmarkts und 3,2 Prozent waren arbeitslos, das heißt verfügbar für eine Beschäftigung und aktiv auf Arbeitssuche. Die höchsten Anteile von jungen Menschen, die gleichzeitig arbeiteten und lernten, verzeichneten die Niederlande (74,3 Prozent), Dänemark (56,4 Prozent) und Deutschland (45,8 Prozent). Die niedrigsten Anteile meldeten dagegen Rumänien (2,4 Prozent), Griechenland (6,0 Prozent) und Kroatien (6,4 Prozent). Das geht aus einer [Meldung](#) des statistischen Amtes der Europäischen Union vom 19. Januar 2026 hervor.

10. Jede vierte Person hält Vollzeitbeschäftigung von Müttern mit Kleinkindern für angemessen

Eine repräsentative Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die am 20. Januar 2026 [veröffentlicht](#) wurde, zeigt: 2022 hielten 55 Prozent der 18- bis 60-Jährigen eine Teilzeitarbeit von mindestens 15 Stunden für Mütter mit Kindern unter drei Jahren für angemessen. Rund jede vierte Person befürwortet zudem eine Vollzeitbeschäftigung in diesem Kindesalter. Im Durchschnitt wird Teilzeitarbeit ab einem Kindesalter von zwei Jahren und acht Monaten akzeptiert, Vollzeitarbeit ab fünf Jahren und acht Monaten. Im Vergleich zu 2011 haben sich diese als angemessen empfundenen Altersgrenzen deutlich nach vorn verschoben. Besonders offen für eine frühere Berufsrückkehr von Müttern sind Frauen, Eltern jüngerer Kinder, Ostdeutsche, Erwerbstätige sowie Menschen mit höherem Bildungsniveau.

11. Silver Surfer

Immer mehr Menschen ab 65 Jahren nutzen das Internet: Inzwischen sind 74 Prozent online, vor fünf Jahren waren es erst 48 Prozent. Besonders die 65- bis 69-Jährigen sind mit 98 Prozent nahezu vollständig digital unterwegs. Mit zunehmendem Alter sinkt der Anteil jedoch deutlich – bei den über 80-Jährigen ist es nur noch knapp die Hälfte. Gleichzeitig zeigen sich Seniorinnen und Senioren offen für neue digitale Technologien und fordern ein schnelleres Tempo bei der Digitalisierung. Die eigene Digitalkompetenz schätzen viele jedoch nur als mittelmäßig ein. Fast alle wünschen sich deshalb mehr Unterstützungsangebote, um ihre digitalen Fähigkeiten auszubauen. Das geht aus einer Studie im Auftrag des Digitalverbands Bitkom hervor, die Ende vergangener Woche [veröffentlicht](#) wurde.

12. Friedwart Bruckhaus-Preise 2025/26: „Fehlentwicklungen am Wohnungsmarkt – Zwischen Markt- und Staatsversagen“

Der deutsche Wohnungsmarkt steht erheblich unter Druck: Für 2026 wird ein Rückgang der Neubautätigkeit um rund 15 Prozent erwartet, während sich die negative Entwicklung entgegen dem europäischen Trend fortsetzt. Mangel an Wohnraum in den Städten, steigende Mieten, hohe bürokratische Hürden sowie zusätzliche Anforderungen an Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und soziale Aspekte verschärfen die Lage, verstärkt durch den demografischen Wandel. Gesucht werden wissenschaftliche und journalistische Arbeiten, die Ursachen dieser Fehlentwicklungen analysieren und praxisnahe Lösungsansätze entwickeln: Wie kann Politik regulierend eingreifen, ohne den Markt zu lähmen, und welche neuen Technologien und Wohnkonzepte können den Wohnungsmarkt langfristig zukunftsfähig machen und Markt- wie Staatsversagen überwinden? Teilnehmen können Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Medienschaffende, deren Arbeiten seit dem 1. Januar 2024 in deutscher oder englischer Sprache veröffentlicht wurden und die zum Bewerbungsschluss das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Weitere Informationen gibt es [hier](#).

